

Antrag 05/I/2026**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Parteireform 4. Teil: Willkommenskultur, Awareness, Gleichstellung und Inklusion.**

- 1 Solidarität ist die wichtigste Grundlage für die innerpar-
- 2 teiliche Zusammenarbeit, denn die SPD ist eine Mitglie-
- 3 derpartei. Wir wollen als linke Volkspartei, dass alle Men-
- 4 schen sich einbringen und mitentscheiden können – un-
- 5 abhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Le-
- 6 bensweise. Wir wollen ein politisches Zuhause für Men-
- 7 schen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen und Hin-
- 8 tergründen sein.
- 9
- 10 Dafür haben wir in der Vergangenheit unterschiedliche
- 11 Maßnahmen für eine gleichberechtigte und diskriminie-
- 12 rungsfreie Teilhabe ergriffen:
- 13
- 14 Berlin ist der erste Landesverband, der die weibliche Dop-
- 15 pelspitze gefordert hat. Mit den jüngsten Parteireformen
- 16 haben wir u. a. die geschlechtergerechte Quotierung der
- 17 Antragskommission beschlossen und bei den beraten-
- 18 den Landesparteitagsdelegierten auf mehr Gleichstellung
- 19 der Geschlechter hingewirkt. Auch haben wir den politi-
- 20 schen Beschluss gefasst, dass unsere Wahlvorschläge auf
- 21 Bezirks-, Landes- und Bundesebene mit einer Frau begin-
- 22 nen sollen.
- 23
- 24 Gegen Diskriminierungen haben wir im Landesverband
- 25 unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Wir haben ein
- 26 Awareness-Team eingerichtet. Awareness bedeutet in
- 27 diesem Kontext, besondere Aufmerksamkeit für Diskrimi-
- 28 nierung, Grenzverletzungen oder unangemessenem Ver-
- 29 halten zu fördern. Damit haben wir erstmals ein Format
- 30 zur Vermittlung von Konflikten, Diskriminierungen und
- 31 Übergriffen geschaffen. Mit diesem erhalten Betroffene
- 32 Personen eine individuelle Unterstützung. Das zählt auf
- 33 eine gute Parteikultur und ein gutes Miteinander ein.
- 34
- 35 Im Kurt-Schumacher-Haus, unserer Parteizentrale und
- 36 den Kreisbüros haben wir geschlechtsneutrale Toiletten
- 37 geschaffen. Die Berliner Parteizentrale stellt ein kostenlo-
- 38 ses Angebot an Menstruationsartikeln auf den Toiletten
- 39 zur Verfügung.
- 40
- 41 Unsere Anträge müssen in geschlechtergerechter Sprache
- 42 verfasst werden. In der Geschäftsordnung haben wir die
- 43 Quotierung bei Redelisten verankert und einen Anspruch
- 44 auf identitätsentsprechende Ansprache geschaffen.
- 45
- 46 Bereits im Jahr 2014 haben wir ein umfassendes Leitbild
- 47 zur Gleichstellung für die SPD Berlin beschlossen.
- 48 Trotz dieser Fortschritte sind FINTA und Menschen mit Be-

hinderungen in unserer Partei noch unterrepräsentiert. Wir wollen Diskriminierungen weiter abbauen und gleichzeitig Politik, Familie und Privatleben besser vereinbar machen. Dazu brauchen wir nicht nur formale Beschlüsse, sondern einen parteiinternen kulturellen Wandel.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landesparteitag auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission die nachfolgenden Maßnahmen:

1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bekämpfen - Awarenessarbeit weiter stärken

1. Es muss sichergestellt sein, dass ehrenamtliche Parteiarbeit frei ist von jeder Form von Diskriminierung, d. h. Sexismus, Rassismus, Herabwürdigungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das vertrauensvolle Miteinander ist eine zentrale Voraussetzung für eine solidarische und lebendige Partei. Mit der Awareness-Richtlinie haben wir die Awarenessarbeit im gesamten Landesverband auf eine solide Grundlage gestellt. Die Richtlinie wird dahingehend überarbeitet, dass zukünftig der Landesvorstand das Awarenesssteam wählt.

1. Das Awareness-Team wird regelmäßig, mit entsprechendem Material, z.B. in Form eines Leitfadens, vorgestellt – vor allem neuen Mitgliedern. Ansprechpersonen werden klar erkennbar benannt.

2. Mittelfristig soll das ständige Awarenesssteam in die Lage versetzt werden, Schulungsangebote zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Partei anzubieten und als Multiplikatorin zu wirken. Dazu gehört auch ein Wissensaustausch über Arbeitsweise und Diskriminierungsformen mit den Mitgliedern der Awareness-Teams aus Kreisen und Arbeitsgemeinschaften. Der Landesverband wird dazu Informationsveranstaltungen nach dem Vorbild der Parteischule durchführen.

2 Inklusive und barrierefreie Parteiarbeit

1. Die Berliner SPD hat das Ziel, eine inklusive und barrierefreie Partei zu sein. Alle Parteiveranstaltungen – ob Sitzungen, Parteitage oder digitale Formate – sollen inklusiv und barrierefrei gestaltet werden.

2. Nicht alles, was bei Großveranstaltungen, Behörden und Unternehmen Standard ist, lässt sich im Partei-Alltag realisieren. Dies befreit uns jedoch nicht von der Verantwortung, besser zu werden.

3. Der Landesvorstand beauftragt aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitarbeitenden künftig eine*n Inklusionsbeauftragte*n, der auf die Umsetzung des

Inklusionsplans und den folgenden Maßnahmen hingewirkt, sowie Menschen mit Behinderung neben der AG Selbst Aktiv als Ansprechperson zur Verfügung steht.

4. Aufgrund der eingeschränkten Barrierefreiheit der Sitzungssäle in den oberen Etagen im Kurt-Schumacher-Haus begrüßen wir die Schaffung weiterer barrierefreier Versammlungsräume im Erdgeschoss, insbesondere in der Galerie. Die Kreisbüros sollen barrierefrei sein. Die jeweiligen Voraussetzungen sollen geprüft und die entsprechenden Maßnahmen (Rollstuhlrampen, kontrastreiche Farbgebung, Induktionsschleifen u.ä. Umbau von Toiletten) umgesetzt werden; der*die Inklusionsbeauftragte unterstützt diesen Prozess z.B. durch Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln.

5. Einladungen sollen Hinweise zur Erreichbarkeit, Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut enthalten. Die Einladungsgestaltung soll sich an der von der AG Selbst Aktiv ausgearbeiteten Checkliste orientieren. Darüber hinaus soll im Rahmen des Einladungsverbands Menschen mit Behinderung die Möglichkeit gegeben werden, ihre Bedarfe mitzuteilen. Dafür werden den Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften eine Vorlage bereitgestellt. Veranstaltungseinladungen des Landesverbands zu größeren Veranstaltungen und Landesparteitagen sollen auch in einfacher Sprache bereitgestellt werden.

6. Digitale Dokumente der Parteiarbeit sollen für blinde und sehbehinderte Menschen nutzbar sein. Dazu gehört ein ausreichend großes, kontrastreiches Schriftbild sowie eine Formatierung von Überschriften und Texten, die diese maschinell lesbar macht ("Screen-Reader"). Der* die* Inklusionsbeauftragte wird gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv eine Richtlinie dafür erarbeiten, die ohne besondere Computerkenntnisse oder zusätzliche Software auskommt. Eine Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Blinden- und Sehbehindertenverband Berlin (ABSV) wird angestrebt.

7. Die SPD Berlin wird ihr Wahlprogramm zukünftig in mehreren Sprachen und in leichter Sprache zur Verfügung stellen. Vorgesehen sind Übersetzungen in die neben Deutsch in Berlin häufigsten Sprachen.

8. Die SPD Berlin stellt weiterhin gehörlosen Genoss*innen Gebärdensprach-, Schriftdolmetscher*innen oder technische Hilfsmittel zur Verfügung. Insbesondere muss dadurch das aktive und passive Wahlrecht nach dem Grundsatz der Chancengleichheit gewährleistet sein. Hierfür wird für den Einzelfall eine bedarfsgerechte Finanzierung geprüft.

- 155 9. Im Internet und den Sozialen Medien soll der Lan-
156 desverband von Menschen mit unterschiedlichen
157 Behinderungen und Einschränkungen auffindbar
158 sein. Informationen über Gliederung, Aufgaben, po-
159 litische Schwerpunkte, handelnde Personen, Mög-
160 lichkeiten der Beteiligung und Kontaktmöglichkei-
161 ten sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip verfügbar
162 sein: Schriftlich, als Audio-Stream als Video in Deut-
163 scher Gebärdensprache - und jeweils auch in leich-
164 ter Sprache.

166 3 Strukturen für mehr FINTA*-Personen in der Partei

- 168 1. Wir streben Parität in allen Gremien, Delegationen
169 und Vorständen an. Die bisherige Mindestquote von
170 40 % nicht-männlicher Delegierten ist für uns nur
171 die Untergrenze.
- 172 2. Dies gilt auch für Nominierungen.
- 173 3. Bei Veranstaltungen der SPD Berlin ist es unser
174 Anspruch, Podien geschlechtergerecht zu besetzen
175 und Redebeiträge mindestens hälftig von FINTA hal-
176 ten zu lassen.
- 177 4. Nachhaltige Verhaltensänderungen bei den han-
178 delnden Menschen sind die Voraussetzung für den
179 Abbau der Hürden für FINTA* in der SPD. Der Lan-
180 desverband führt (wie im Leitbild für Gleichstellung
181 2014 vom Landesparteitag beschlossen) regelmäßi-
182 ge Gendertrainings ein, in denen Menschen in Füh-
183 rungspositionen in der Partei geschult werden. Laut
184 Leitbild soll diese für alle Mitglieder von geschäfts-
185 führenden Vorständen verpflichtend sein. Die Gen-
186 dertrainings werden mindestens zweimal jährlich
187 angeboten.
- 188 5. Mentoringprogramme und Empowerment-
189 Schulungen für FINTA* werden vom Landesverband
190 finanziell wie organisatorisch unterstützt.
- 191 6. Auf Kreis- und Landesebene gibt es regelmäßig ei-
192 nen Kennenlern-Termin für die nicht-männlichen
193 Neumitglieder der Partei.
- 194 7. Die Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeit der SPD
195 Berlin wird geschlechtergerecht gestaltet und auch
196 in der Außendarstellung FINTA* angesprochen.
- 197 8. Doppelspitzen führen dazu, dass mehr FINTA* in
198 Führungsverantwortung in der Partei gehen. Um die
199 Vertretung der Doppelspitzen auf der nächsthöhe-
200 ren Ebene zu gewährleisten, wird das Statut geän-
201 dert, so dass sich Doppelspitzen mit Stimmberech-
202 tigung in den Gremien vertreten können.
- 203 9. Um die Diskriminierung von TINA*Personen, die sich
204 weder als männlich noch als weiblich identifizieren,
205 in unserer Partei weiter abzubauen, setzen wir die
206 Arbeit der auf dem Landesparteitag 1_2024 im An-
207 trag 09/I/2024 beschlossenen Reformkommission

fort. Diese soll eine Regelung erarbeiten, welche alle nicht-männlichen Personen bei Quotierungen adäquat berücksichtigt. Der Landesvorstand wird sich nach Abschluss der Arbeit der Reformkommission für eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung und eine Satzungsänderung auf Bundesebene einsetzen. Langfristig müssen wir erreichen, dass alle nicht-männlichen Personen angemessen repräsentiert und beteiligt werden, so z.B. auch bei den Wahlen von Delegationen, Vorständen und Listen.

4 Familienfreundliche Parteiarbeit - Auf Sorgearbeit Rücksicht nehmen

1. Auf größeren Veranstaltungen, insbesondere Landesparteitagen, wird auch künftig eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Daneben soll auf Landesparteitagen ein Rückzugsort für Eltern und Kinder eingerichtet werden, sofern dies organisatorisch umsetzbar ist. Auch bei Kreisdelegiertenversammlungen und Landesdelegiertenversammlungen der Arbeitsgemeinschaften wird künftig - sofern noch nicht geschehen - Kinderbetreuung angeboten. Die Kinderbetreuung wird vorrangig vor Ort angeboten. Sollten sich nur wenige Eltern auf das Angebot zurückmelden, ist eine Übernahme von Kosten für Babysitting gegen Vorlage der Rechnung möglich. Im Vorfeld der Veranstaltung ist stärker auf das Betreuungs- oder Kostenerstattungsangebot hinzuweisen und bereits in der Einladung als Hinweis aufzunehmen. Auch bei weiteren Veranstaltungen ist auf eine kinderfreundliche Kultur zu achten (z.B. Kinderspielecke, kinderfreundliche Uhrzeiten, etc).
2. Sich während Parteitagen und Kreisdelegiertenversammlungen parallel um Kinder zu kümmern, ist für die sorgearbeitende Person mit hohem Aufwand verbunden. Damit sich diese Personen besser an Debatten beteiligen können, nehmen wir ein außerordentliches Rederecht für Delegierte mit Verantwortung für Kinderbetreuung vor Ort auf Parteitagen in die Geschäftsordnung auf.
3. Sitzungen sollen insgesamt familienfreundlicher werden. Familienfreundliche Sitzungszeiten und -orte, beispielsweise im Freien oder am Wochenende, alternierende Termine (andere Wochentage), hybride Sitzungen oder die Abwechslung von Präsenz- und digitaler Sitzung sind einige der Varianten, die genutzt werden können, um mehr Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen. Um eine teilweise Anwesenheit den Tagesordnungspunkten anpassen zu können, werden Einladungen zu Gremiensitzungen mit einer Tagesordnung und geplanter Bespre-

chungszeit unterlegt.

4. Insbesondere digitale bzw. hybride Sitzungen und Anwendungen sollen für eine bessere Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Engagement genutzt werden. Die auf Landesebene tätigen Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüsse und Arbeitskreise sollen einen Teil ihrer Sitzungen digital anbieten. Dafür werden die Angebote für hybride Sitzungen im Kurt-Schumacher-Haus ausgebaut. Digitale Tools können die Zusammenarbeit erleichtern. Auch werden die Ergebnisse der Sitzungen (u. a. in Protokollen) festgehalten und zeitnah versandt. Neben dem KSH soll langfristig auch in den Kreisbüros die Möglichkeit für hybride Sitzungen geschaffen werden.
5. Die Geschäftsordnung wird dahingehend angepasst, dass reguläre Sitzungen nicht länger als zwei Stunden dauern sollen. Verlängerungen müssen zur Abstimmung gestellt werden. Redezeitbegrenzungen und das Reißverschlussprinzip inkl. Regelungen zu Ende der Debatte sollen in allen Sitzungen Standard sein.
6. Um mehr Sichtbarkeit für die Abwesenheit aufgrund von Sorgearbeit zu erzielen, kann auf Wunsch im Protokoll vermerkt werden, wenn jemand wegen Sorgearbeit nicht teilnehmen kann.
7. Das Leitbild für Gleichstellung und eine Checkliste für die Organisation von Parteisitzungen und -veranstaltungen werden im Infoportal bereitgestellt. Nach Parteiwahlen werden die geschäftsführenden Vorstände auf die Informationen im Infoportal hingewiesen.

5 Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten (bzw. Vertrauens Beauftragten)

1. Zur besseren Verständlichkeit ihrer Aufgaben sollten die Vertrauensbeauftragten in Gleichstellungsbeauftragte umbenannt werden, wie dies bereits in einigen Kreisen praktiziert wird. Sie sind Ansprechpartner:innen für alle strukturellen gleichstellungspolitischen Fragen innerhalb der Partei.
2. Für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten auf Kreis- und Landesebene wird eine Aufgabenbeschreibung erstellt. Zu den Aufgaben gehören insbesondere:
 - Begleitung der Umsetzung der Vorschläge im Landesgleichstellungsbericht in den Abteilungen, Kreisen und im Land,
 - Leitbilder für Gleichstellung der Kreise,
 - Förderung der Gleichstellung von FINTA innerhalb der Partei,
 - Ansprechperson bei Problemen von unquotierten

314 Listen, Kreis-, Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-
315 vorständen.

316

317 Ansprechpersonen für Fragen von Sexismus und anderen
318 Formen von Diskriminierung sind die geschaffenen Awa-
319 renessstrukturen.

320 1. Gleichstellungsbeauftragte werden künftig vom
321 Landesvorstand, den Landesarbeitsgemeinschaften,
322 Fachausschüssen, den Kreisen und Abteilungen
323 benannt. Bei den Arbeitsgemeinschaften sollte
324 im Wahlprotokoll explizit ein Feld auf die Wahl
325 von Gleichstellungsbeauftragten hinweisen, damit
326 die Anzahl an Gleichstellungsbeauftragten in Ar-
327beitsgemeinschaften zunimmt. Diese Funktion soll
328 insbesondere von Vorstandsmitgliedern ausgeübt
329 werden.

330 2. Die Gleichstellungsbeauftragten des Landes-
331 vorstands und der Kreise erhalten eine eigene,
332 unabhängige Mailadressen und sind auf der Web-
333 seite der jeweiligen Gliederung auffindbar. Sie sind
334 berechtigt, über die Kreisebüros oder das KSH die
335 Mitglieder über ihre Arbeit zu informieren.

336 3. Auf Kreisebene wird empfohlen, Vernetzungsstruk-
337 turen zwischen den Gleichstellungsbeauftragten
338 der Kreise und Abteilungen zu schaffen. Dazu kön-
339 nen insbesondere Gleichstellungskommissionen
340 auf Kreisebene eingerichtet werden.

341

342 **6 Stärkung der Landesgleichstellungskommission:**

343

344 1. Die Aufgabenbeschreibung der Landesgleichstel-
345 lungskommission (LGK) wird erweitert. Neben der –
346 durch das Kurt Schumacher Haus unterstützten - Er-
347 stellung des Gleichstellungsberichts werden zu den
348 Aufgaben auch die Erarbeitung von (strukturellen)
349 Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung
350 der Gleichstellung im Landesverband gehören. Über
351 die LGK sollte eine Koordination der Vertrauensbe-
352 auftragten (künftig Gleichstellungsbeauftragten) in
353 den Kreisen stattfinden.

354 2. Die LGK lädt zu Beginn einer Amtszeit nach den
355 erfolgten Parteiwahlen alle Vertrauensbeauftrag-
356 ten der Abteilungen, Kreise, Arbeitsgemeinschaften
357 und Fachausschüssen ein und stellt sich und ihre Ar-
358 beit vor. Dabei stellt sich auch das Awarenessteam
359 vor.

360 3. Die Landesgleichstellungskommission trifft sich
361 mindestens einmal in jedem Quartal.

362 4. Die LGK wird als Kommission gem. § 23* VII Statut
363 vom Landesvorstand gebildet. Mitglieder der LGK
364 sind:

- 365 • die Landesgleichstellungsbeauftragte, die vom Lan-
366 desvorstand ernannt wird (Co-Vorsitz),

- 367 • ein Mitglied des GLV der SPD Frauen (Co-Vorsitz)
- 368 • ein Mitglied des GLV,
- 369 • die von den Kreisen, Arbeitsgemeinschaften und
- 370 Fachausschüssen ernannten Gleichstellungsbeauftragten, (falls keine Person ernannt wird, eine Person aus dem Vorstand)
- 371
- 372
- 373 • ein:e Vertreter:in des ständigen Awarenessteams
- 374 mit beratender Stimme,
- 375 • eine vom KSH benannte hauptamtliche Ansprech-
- 376 person mit beratender Stimme.

377

378 **7 Nachwuchsförderung**

379

380 Die SPD lebt davon, dass sich Menschen aller Altersgrup-

381 pen mit unterschiedlichen Perspektiven einbringen. Junge

382 Menschen sind unsere Zukunft. Wir müssen deshalb vor

383 allem junge Menschen für die aktive Parteiarbeit gewinnen. Gleichzeitig sind aktuell zwei Drittel der Mitglieder

384 in der SPD Männer und nur ein Drittel Frauen. Wir setzen

385 deshalb einen Schwerpunkt bei der Förderung von weiblichen und nicht-männlichen Mitgliedern und verpflichten

386 uns zum Aufbau von weiblichem Spitzenpersonal auf allen Ebenen. Wir fördern gezielt das Engagement von migrantisierten Menschen.

- 391 1. Wir werden gezielte und breite Kampagnen zur inhaltlichen Ansprache in Sozialen Medien durchführen.
- 392
- 393
- 394 2. Es soll eine Task Force unter Einbindung der Jusos gegründet werden, die erarbeitet, wie konkrete junge Menschen für die Partei gewonnen werden können.
- 395
- 396
- 397 3. Um gezielt FINTA anzusprechen wollen wir:
- 398 • gezielte jährliche (regelmäßige) Werbekampagne für FINTA
- 399
- 400 • Familienfreundliche Onboarding-Angebote
- 401 • Onboarding-Angebote gezielt für Frauen, z. B. zum Frauen-Netzwerken
- 402
- 403 • Zuteilung einer Ansprechpartner*in als Begleitung
- 404 • FINTA*Mentoring Programm
- 405 • Konsequenter Ausbau der Angebote für bspw. Seminare, die bei der Entwicklung von Personen helfen (Rhetorik, Orga etc.) und bei der zukünftigen Ausübung von Mandaten unterstützen.

409

410 **8 Austrittsmanagement**

411

412 Die SPD führt ein Austrittsmanagement ein, um austrittswillige Mitglieder zurückzugewinnen. Dies setzt zum einen eine strukturierte Erfassung der Austrittsgründe und der Zeit der Mitgliedschaft voraus. Zum anderen ist im

413

414

415

416 Austrittsfall eine zielgerichtete Ansprache nach den folgenden Grundsätzen vorzunehmen:

- 417
- 418 • Die Austrittserklärung erfolgt ohne Angabe eines
- 419 Grundes: Der/die Mitgliederbeauftragte nimmt te-

420 lefonisch Kontakt auf.

421 • Als Austrittsgrund wird Unzufriedenheit mit poli-
422 tischen Entscheidungen auf Kreis/Land oder Bun-
423 desebene angegeben: Mit Bezugnahme auf die dar-
424 gestellten Argumente bietet der / die Mitglieder-
425 beauftragte schriftlich /per Mail ein klärendes Ge-
426 spräch an. Falls keine Reaktion erfolgt, wird die Kon-
427 taktaufnahme telefonisch versucht. Den Ehrenamt-
428 lichen werden hierzu Argumentationshilfen durch
429 die Fraktionen und dem Parteivorstand bereitge-
430 stellt.

431 • Als Austrittsgrund werden finanzielle Probleme (
432 z.B. Arbeitslosigkeit, Eintritt in den Ruhestand an-
433 gegeben) : Dem Mitglied wird eine Reduzierung des
434 Beitrags angeboten. In sehr gravierenden Fällen (z.
435 B. Pflegefall) kann bei langjähriger Mitgliedschaft
436 geprüft werden, ob die Übernahme einer Paten-
437 schaft vermittelt werden kann.

438 Verantwortlich für die Dokumentation und Ansprache
439 sind die Mitgliederbeauftragten der Abteilungen. Falls das
440 austrittswillige Mitglied den entsprechenden Wunsch äu-
441 ßert, nimmt ein Mitglied des Abteilungsvorstandes bzw.
442 des Kreisvorstands an den Rückgewinnungsgesprächen
443 teil. Zur Unterstützung der Mitgliederbeauftragten er-
444 stellt die Organisationspolitische Kommission ein Hand-
445 out mit einem Leitfaden für die Dokumentation und Kom-
446 munikation. Es wird empfohlen, dass sich die Mitglieder-
447 beauftragten der unterschiedlichen Gliederungsebenen
448 regelmäßig über Erfahrungen und Entwicklungen austau-
449 schen, damit relevante Erkenntnisse allen zur Verfügung
450 stehen.